

Der Oberbürgermeister der Universitätsstadt Marburg ♦ 35035 Marburg

An Bundeskanzler Olaf Scholz sowie  
die Fraktionsvorsitzenden im  
Deutschen Bundestag  
SPD, Bündnis 90/Die Grünen, FDP, CDU, Die Linke

Marburg, 06.03.2023, ph

Sehr geehrter Herr Bundeskanzler,  
Sehr geehrte Damen und Herren Fraktionsvorsitzende,

„die Klimakrise gefährdet unsere Lebensgrundlagen und bedroht Freiheit, Wohlstand und Sicherheit“. Dieser Satz stammt aus der Präambel des Koalitionsvertrags von SPD, Bündnis90/Die Grünen und FDP im Bund und ist Anlass meines heutigen Schreibens. In der Universitätsstadt Marburg verstehen wir Klimaschutz seit vielen Jahren als eine zentrale politische Aufgabe, die wir über alle Parteigrenzen hinweg und mit wechselnden Stadtregierungen ambitioniert betreiben. Bereits 2019 haben wir mit breiter Mehrheit den Klimanotstand ausgerufen und die Klimakrise als „existentielle Bedrohung“ anerkannt. Wir haben erkannt, „dass die bisherigen Maßnahmen und Planungen auf allen Ebenen nicht ausreichen, um die Erderwärmung auf 1,5-Grad Celsius zu begrenzen. Um dieses Ziel noch erreichen zu können, braucht es mutige Entscheidungen und Gesetzgebungen auf allen Ebenen.“ Diese Analyse scheint mir auch heute, vier Jahre später, noch unverändert richtig zu sein.

Unseren städtischen Beitrag setzen wir mit unserem Klima-Aktionsplan um, der Maßnahmen formuliert, um Marburg bis 2030 klimaneutral zu gestalten. Dieser wurde von einer überwältigenden Mehrheit in der Stadtverordnetenversammlung mitgetragen. Dabei stehen für uns u. A. die (mit städtischen Mitteln mitfinanzierte) warmmietenneutrale Sanierung von großen Wohngebäuden, die Mobilitätswende mit E-Mobilität und einem veränderten Modal-Split, klare Maßgaben für Neubauten und der forcierte Ausbau der erneuerbaren Energien besonders im Fokus. Wie bereits 2019 festgestellt, müssen wir leider auch im Jahr 2023 wiederholen, dass die Maßnahmen auf europäischer, Bundes- und Landesebene weiterhin unzureichend sind, um das Pariser Klimaabkommen einzuhalten.

Wir stellen jedoch fest, dass wir das Ziel Klimaneutralität 2030 nur erreichen können, wenn alle Ebenen die notwendigen Entscheidungen treffen und Maßnahmen umsetzen. Es ist mein Eindruck, dass dies – in Anerkennung aller Herausforderungen – noch nicht in hinreichendem Maß gelingt. Das ist leider auch die Analyse führender Klimaforscher\*innen.

Viele Menschen treibt um, dass damit das Erreichen existenzbedrohender Kippunkte im Klimawandel droht. Regelmäßig kommen Bürger\*innen jeden Alters auf mich und sicherlich auch auf Sie zu, die deshalb ernste Sorgen vor unserer und der Zukunft ihrer Kinder und Enkel haben. Solche Eindrücke schilderten mir jüngst auch Aktivist\*innen der „Letzten Generation“. Klar ist: Wir werden auch in Marburg nur dann die Klimaneutralität bis 2030

erreichen können, wenn EU, Bundes- und Landesregierungen ihren notwendigen Beitrag leisten.

Deshalb möchte ich Sie bitten, folgende Forderungen der „Letzten Generation“ wohlwollend zu prüfen und positiv zu begleiten:

- Dauerhafte Einführung des 9-Euro-Tickets für bundesweiten Nahverkehr: Dieser Forderung schließe ich mich nachdrücklich an. Ein dauerhaftes bundesweites 9-Euro-Ticket zusammen mit höheren Investitionen in den Umweltverbund würde den öffentlichen Personennahverkehr zu einer attraktiven Alternative zum Auto weiterentwickeln und einen wesentlichen Beitrag zu sozialgerechter Mobilität darstellen.
- Tempolimit auf Autobahnen: Dieser Forderung scheint mir zeitgemäß, extrem kostengünstig und auch im europäischen Vergleich unausweichlich. In der Universitätsstadt Marburg würden wir darüber hinaus gerne auf der autobahnähnlich ausgebauten B3a Tempo 80km/h für Autos und 60km/h für LKW festsetzen sowie auf allen Straßen im Stadtgebiet eigenständig über Tempo 30km/h entscheiden können. Auch hier scheinen uns Gesetzesänderungen dringend geboten.
- Einen Bürger\*innenrat/Gesellschaftsrat einberufen und Klimaschutz entschieden angehen: Ich unterstütze die Forderung nach einem Bürger\*innenrat, in dem repräsentativ und zufällig ausgewählte Bürger\*innen die Frage beraten, wie wir in Deutschland Nullemissionen bis 2030 erreichen. Aus eigener Erfahrung mit derartigen Gremien hier in Marburg weiß ich, dass sie helfen mutige Maßnahmen zu entwickeln, einen gesellschaftlichen Konsens ermöglichen und eine hohe Legitimationskraft für politisches Handeln entwickeln. Dabei kann eine breite öffentliche Debatte Problembewusstsein und Identifikation mit den Lösungswegen schaffen. Die Ergebnisse eines solchen Bürger\*innenrates müssen selbstverständlich dem Deutschen Bundestag zur Beratung vorgelegt werden. Die Ankündigung von Bundestagspräsidentin Bärbel Bas vom Mai 2022 unterstütze ich hierbei ausdrücklich.

Ich bin der festen Überzeugung, dass diese Forderungen, unabhängig der eingesetzten Protestform, eine parlamentarische Beratung verdienen. Mit großem Interesse sehe ich deshalb Ihrem Antwortschreiben entgegen und freue mich nachzuvollziehen, wie Sie sich für das Erreichen der notwendigen Klimaschutzziele einsetzen werden. Ihre Antworten erlaube ich mir sodann den kommunalen Gremien in Marburg zur Kenntnis zu geben. Bereits jetzt bedanke ich mich für Ihre Antwort und verbleibe bis dahin

mit freundlichen Grüßen



Dr. Thomas Spies  
Oberbürgermeister